S 4 R 1433/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Landessozialgericht Baden-Württemberg
Sachgebiet	Betriebsprüfungen
Abteilung	8.
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 4 R 1433/17
Datum	12.12.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 8 BA 200/19
Datum	17.12.2021

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil des Sozialgerichts Heilbronn vom 12.12.2018 aufgehoben, soweit die Beklagte darin verurteilt wurde, den Betrag von 388.863,69 Euro zu erstatten und den Erstattungsbetrag mit 4 v.H. vom 01.11.2016 bis zum Ablauf des Kalendermonats vor der Erstattung zu verzinsen.

Im Äbrigen wird die Berufung zurÄ¼ckgewiesen.

Die Kosten des Verfahrens sind von der KlÄgerin zu 1/5 und von der Beklagten zu 4/5 zu tragen. Kosten der Beigeladenen sind nicht zu erstatten.

Der Streitwert wird auf 388.863,69 â¬ festgesetzt.

Ä

Ä

Tatbestand

Die Beteiligten streiten nach einer Betriebsprüfung um eine Nachforderung in Höhe von 388.863,69 Euro einschließlich Umlagen und Summenzuschlägen für die Zeit vom 01.01.2010 bis 30.06.2014. Die Klägerin macht daneben auch die Erstattung und Verzinsung des bereits gezahlten Betrages geltend.

Die Klägerin betreibt ein Maklerunternehmen für Immobilien mit Hauptsitz in H und Stadtteil B in verschiedenen Städten. Die Klägerin arbeitet hierbei mit Handelsvertretern zusammen, die als Vermittlungsvertreter der Klägerin Kunden zum Abschluss eines Maklervertrages zuführen sollen. Hierzu gehörten auch die Beigeladenen Ziff. 1 bis 6. Die hier Beigeladenen Ziff. 1, 2 und 4 waren u.a. in dem gesamten hier streitbefangenen Zeitraum ab 01.01.2010 bis 30.06.2014 für die Klägerin als Handelsvertreter tätig. Die Beigeladenen Ziff. 1 und 2 wurden zusätzlich als „Verkaufsleiter“ in H bezeichnet. Die übrigen Beigeladenen wurden für H1 (Beigeladener Ziff. 3), S (Beigeladene Ziff. 4), H2 (Beigeladene Ziff. 5, nach ihrer Aussage zunächst als „Verkaufsleiterin“) und W (Beigeladener Ziff. 5) als „Stadtbranchenleiter“ geführt. Der Beigeladene Ziff. 3 war auf diese Weise zumindest ab dem 01.06.2011 tätig, die Beigeladene Ziff. 5 zumindest ab dem 01.09.2011 bis August 2013 und der Beigeladene Ziff. 6 ab 01.01.2012.

Die Beigeladenen stellten der Klägerin die vereinbarten Provisionsanteile an den von ihnen vermittelten Maklergeschäften abzüglich einer monatlichen Anzeigenpauschale zuzüglich Umsatzsteuer in Rechnung. Die Beigeladenen Ziff. 1 und 2 berechneten dazu eine Umsatzbeteiligung („SAP“) in Höhe von 0,1% aus den jeweiligen Gruppenumsätzen. Der Beigeladene Ziff. 3 berechnete neben der Provision ab dem 01.06.2011 eine „Garantie Provision“ in Höhe von jeweils monatlich 750 € (ab 01.01.2013 500 €) und ab 1.09.2011 zusätzlich eine „SAP“ von 0,1%. Die Beigeladene Ziff. 4 stellte neben der Provision eine „Garantie Provision“ in Höhe von 500 € in Rechnung. Die Beigeladene Ziff. 5 stellte ab 01.09.2011 ebenfalls eine „SAP“ und ab 01.03.2012 eine „Garantie Provision“ in Höhe von 1.500 € bzw. später 750 € und zuletzt bis August 2012 500 € in Rechnung. Der Beigeladene Ziff. 6 berechnete ab 01.01.2012 neben der „SAP“ eine „Garantie Provision“ in Höhe von 500 €.

In Folge eines Hinweises eines Bürgermeisters vom 15.11.2012 auf eine auffällige Gewerbebeanmeldung durch eine andere Handelsvertreterin für die Klägerin leitete das Hauptzollamt (HZA) H Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Schwarzarbeit ein (EV 1597/13 und 1336/14), die zu einem Ermittlungsverfahren gegen die Geschäftsführer E und M der Komplementärin der Klägerin (G mbH) wegen Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt (Staatsanwaltschaft Heilbronn, Az. 57 Js 30844/13) führten.

Die Klägerin schloss zumindest mit den Beigeladenen Ziff. 1, 2 und 4 ab dem 01.01.2014 schriftliche Handelsvertreterverträge.

Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens beim HZA wurden der Beigeladene Ziff. 1 (Vernehmung vom 24.11.2015), der Beigeladene Ziff. 2 (Vernehmung vom 17.11.2015), der Beigeladene Ziff. 3 (Vernehmung vom 28.07.2015), die

Beigeladene Ziff. 4 (Vernehmung vom 03.11.2015), die Beigeladene Ziff. 5 (Vernehmung von 18.06.2015) und der Beigeladene Ziff. 6 (Vernehmung vom 20.10.2015) vernommen. Daneben wurden u.a. auch vier weitere als Handelsvertreter für die Klägerin tätige Personen vernommen (Frau M1, Vernehmung vom 16.10.2014, Herr B, Vernehmung vom 12.06.2015, Herr M2, Vernehmung vom 12.10.2015, Herr E1, Vernehmung vom 21.10.2014).

Mit Schreiben vom 26.04.2016 kündigte die Beklagte der Klägerin die Durchführung einer Betriebsprüfung auf Grundlage der Mitteilungen des HZA über unzutreffende sozialversicherungsrechtliche Beurteilungen bzw. fehlerhafte Beitragsabrechnungen an.

Mit Schreiben vom 03.05.2016 forderte die Beklagte die Klägerin sodann zu der beabsichtigten Nachforderung von Sozialversicherungsbeiträgen, Umlagen und Säumniszuschlägen für den Zeitraum 01.01.2010 bis 30.06.2014 an, da die versicherungsrechtliche Beurteilung für die Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 nach Auswertung der Ermittlungen des Hauptzollamtes nicht ordnungsgemäß erfolgt sei und daher keine Beiträge zur Sozialversicherung entrichtet worden seien. Die Beigeladenen seien innerhalb des Prüfzeitraums entweder als Stadtbräuleiter oder als Verkaufsleiter beschäftigt gewesen. Mit ihnen seien Handelsvertreterverträge abgeschlossen worden. Die Beigeladenen hätten jedoch anders als selbständige Handelsvertreter ihre Tätigkeit im Wesentlichen nicht frei gestalten und ihre Arbeitszeit bestimmen können. Sie seien daher als abhängig beschäftigte „unechte Handelsvertreter“ nach [§ 84 Abs. 2 HGB](#) anzusehen. Die Aufgabe der Stadtbräuleiter bzw. Verkaufsleiter bestehe aus den im „Führungskräftehandbuch“ der Klägerin genannten Tätigkeiten und hier unter anderen darin, als Vorgesetzte Unterprodukte von Gruppenmitgliedern zu kontrollieren. Es habe eine Weisungsgebundenheit bestanden. Das Handbuch habe verbindlichen Charakter im Sinne einer Arbeits- bzw. Handlungsanweisung, die entweder zur Kenntnis genommen worden sei oder auch nicht. Ob die Nichteinhaltung dieser arbeitsrechtlichen Vorgaben sanktioniert worden sei, könne hier nicht nachvollzogen werden und spiele auch keine Rolle, da die Anweisung per se existent sei. Die Einzelheiten der Handelsvertreter-Tätigkeit würden ferner durch „Allgemeine G-Richtlinien“, „G Niederlassungsleiter-/Verkaufsleiterrichtlinien“, „G Verwaltungsrichtlinien“ und „Chefanweisungen“, Regelung zur EDV, „interne Mitteilungen“, „Merkblätter“, „Ausbildungspläne“ sowie Vorgaben zur Arbeitsorganisation, zum Telefonieren, Trainingsmaßnahmen und Checklisten zur Selbstanalyse geregelt. Es gebe zwar keine offizielle Vorgabe zu Arbeitszeiten, aber eine faktische Anwesenheitspflicht zu den nach außen publizierten Büroöffnungszeiten. Auch habe eine Eingliederung in den Betrieb der Klägerin bestanden. Die Stadtbräuleiter- bzw. Verkaufsleiter hätten die Infrastruktur und die Betriebsmittel der Klägerin genutzt. Die Zeugin M1 habe ausgesagt, dass die Grundschulung als Immobilienmakler eine Pflicht gewesen sei und sie weitere Schulungen habe besuchen sollen. Sie sei mit dem Beigeladenen Ziff. 2 auf Termine mitgegangen und habe Berichte schreiben lassen, die sie bei ihm habe abgeben lassen. Sie sollte „Vollzeit“ arbeiten, habe inhaltlich teilweise nur vom Büro der Klägerin aus arbeiten können und habe einen festen Bürotag

gehabt. Sie habe die meisten der angesprochenen Richtlinien gekannt. Jeder Makler habe diese auf seinem Schreibtisch stehen gehabt. Es habe auch einen Samstagsdienstplan gegeben. Der danach Diensthabende habe den Telefondienst für alle Makler machen lassen. Das Auftreten nach außen sei unter dem Namen der Klägerin erfolgt und sei detailliert vorgegeben gewesen.

Die Beklagte führte weiter aus, dass kein unternehmerisches Risiko mit eigenständigen Gewinn- und Verlustchancen bestanden habe. Die Stadtbüro- bzw. Verkaufsleiter hätten kein erwähnenswertes Risiko für den Verlust von Kapital getragen. Ihnen seien die wesentlichen Arbeitsmaterialien gestellt worden. Sie hätten ein monatliches Fixum für ihre Tätigkeit als Führungskraft sowie Provision erhalten und hätten im Wesentlichen ihre Arbeitskraft eingesetzt. Hinsichtlich der Preisgestaltung habe ihnen keine unternehmerische Freiheit zugestanden. Die Arbeitsleistung sei persönlich zu erbringen gewesen. Die allenfalls gering zu gewichtenden weiteren Abgrenzungsmerkmale änderten hier nichts. Die Gewerbeanmeldung der Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 sei nur ordnungsrechtlich von Bedeutung. Die Veranlagung beim Finanzamt und die dortige steuerrechtliche Einschätzung entfaltet keine Bindungswirkung. Die Rechnungsstellung mit Umsatzsteuerausweis ergebe sich nur als Rechtsfolge aus der selbständigen Tätigkeit und sage über diesen Status nichts aus. Die vertraglichen Vereinbarungen und der daraus abzuleitende Wille der Beteiligten seien nur dann von Bedeutung, wenn gleich viel die Selbständigkeit wie für eine abhängige Beschäftigung spreche. Die Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 seien nach alledem abhängig beschäftigt gewesen. Im Hinblick auf eine möglicherweise getrennte Betrachtung der Tätigkeiten der Stadtbüro- und Verkaufsleiter einerseits und der Maklertätigkeit andererseits sei von einem einheitlichen Beschäftigungsverhältnis auszugehen. Es bestehe Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung, der sozialen Pflegeversicherung, der gesetzlichen Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung. Die Beiträge seien hier ausgehend von den tatsächlichen Zuwendungen ohne Umsatzsteuer auf Bruttoarbeitsentgelte hochzurechnen. Die Beiträge seien auch nicht verjährt, da sie zumindest bedingt vorsätzlich vorenthalten worden seien. Daher seien auch Summenzuschläge zu erheben. Für den Gesamtsozialversicherungsbeitrag sei die Einzugsstelle zuständig. Da keine letzte Krankenkasse erkennbar sei, bestehe eine Zuständigkeit der AOK Baden-Württemberg.

Die Klägerin nahm hierzu mit Schreiben ihres Bevollmächtigten vom 25.05.2016 Stellung. Der Bevollmächtigte legte hierzu ausführlich dar, weshalb die Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 als selbständige Handelsvertreter anzusehen seien. Der Bevollmächtigte verwies ferner auf seine ausführliche Stellungnahme vom 27.05.2016 gegenüber der Staatsanwaltschaft.

Mit Bescheid vom 08.08.2016 stellte die Beklagte Nachforderungen zur Sozialversicherung und Umlagen U1, U2 und U I in Höhe von insgesamt 388.863,69 € einschließlich Summenzuschlägen in Höhe von 116.632 € gemäß den dort als Anlagen beigefügten Berechnungsbögen fest. Zur Begründung wiederholte sie ihre Ausführungen aus dem Antragschreiben.

Im Hinblick auf das Vorbringen aus der Anhörung führte sie ergänzend aus, dass das von der Klägerin angeführte Anerkenntnis in einem Fall eines ihrer Handelsvertreter vor dem Sozialgericht München (Az. S 26 R 1638/13) erfolgt sei, weil es sich dort um einen „einfachen“ Handelsvertreter gehandelt habe, der nicht Verkaufsleiter oder Stadtbräuleiter gewesen sei. Entgegen dem Vorbringen der Klägerin seien nicht nur die von der Beklagten beispielhaft zitierte Aussage von Frau M1, sondern auch die weiteren Aussagen sowie das umfangreiche Beweismaterial berücksichtigt worden. Soweit auf die Handelsvertreterverträge verwiesen werde, so wichen diese erheblich von der tatsächlichen Ausgestaltung ab. Soweit eine fehlende Anwesenheitspflicht der Beigeladenen Ziff. 1 bis 6, die Abdeckung der Büroöffnungszeiten durch angestelltes Personal der Klägerin und mobile Internetzugänge und Mobiltelefone der Beigeladenen angeführt würden, stehe dies im Widerspruch zu schriftlichen Anweisungen in der G-Richtlinie Nr. 03/91 vom 01.03.1991, der G-Richtlinie Nr. 11/97, in dem Führungskräfte-Handbuch („Montag ist Brautag“) sowie weiteren Schreiben. Das Handbuch sei entgegen dem Vorbringen auch ausgegeben worden und sei bekannt gewesen. Dies ergebe sich aus einem Schreiben der Beigeladenen Ziff. 1 und 2 vom 16.05.2014. Die Tätigkeit als Handelsvertreter und Verkaufsleiter sei durch fachliche Vorgaben in den Richtlinien der Klägerin geregelt worden. Die Handelsvertreter seien nach außen hin nicht als solche erkennbar gewesen, sondern als angestellte Mitarbeiter der Klägerin. Der Auftritt unter dem „Corporate Design“ der Klägerin sei explizit geregelt worden. Dies ergebe sich aus der Handlungsanweisung vom 30.04.2011. Entgegen dem Vorbringen habe nach der G-Richtlinie 03/91 auch eine Pflicht zur Teilnahme an Schulungen bestanden. Auch habe entgegen dem Vortrag eine Pflicht zur Nutzung der Büroräume der Klägerin bestanden. Ein Unternehmerrisiko habe nicht bestanden, da dies den Einsatz eigenen Kapitals auch mit der Gefahr des Verlustes voraussetze. Dies sei bei der Nutzung von privatem Telefon, Pkw und PC nicht der Fall. Das an die Verkaufs- und Stadtbräuleiter gezahlte Fixum sei als Vergütung für deren Tätigkeit gezahlt worden. Einzelnen Stadtbräuro- und Verkaufsleitern seien weitere Leistungen gewährt worden, so etwa Herrn B. Der Beigeladene Ziff. 3 habe ein Darlehen für die Anschaffung eines Pkw erhalten. Die Ausübung weiterer selbständiger Tätigkeiten wie etwa bei Herrn M2 oder bei dem Beigeladenen Ziff. 6 sei grundsätzlich ein Indiz für die Annahme einer selbständigen Tätigkeit. Dass der Beigeladene Ziff. 6 seine Ehefrau geringfügig beschäftigt habe, spreche mangels versicherungspflichtiger Beschäftigung für eine abhängige Tätigkeit. Die Beigeladene Ziff. 4 habe entgegen dem Vortrag keine eigenen Arbeitnehmer beschäftigt. Soweit vorgetragen werde, dass es den Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 möglich gewesen wäre, im Bedarfsfall eine Vertretung zu stellen, sei diese vertragliche Möglichkeit alleine noch kein Kriterium, wenn von ihr kein Gebrauch gemacht werde bzw. werden könnte. Die Handelsvertreter hätten die Aufgaben persönlich ausgeführt und hätten keine Hilfskräfte eingesetzt.

Die Klägerin legte, vertreten durch ihren Bevollmächtigten, am 08.09.2016 Widerspruch gegen den Bescheid ein und beantragte zugleich bereits die Erstattung des von ihr nach dem Bescheid zu zahlenden Betrages. Der Bevollmächtigte legte erneut ausführlich und umfangreich dar, dass die Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 als

selbständige Handelsvertreter tätig geworden seien. Die Beklagte habe auch keine eigenen Ermittlungen durchgeführt, sondern stütze sich im Wesentlichen auf die Aussage der Zeugin M1, die keinen Bezug zu den Aussagen der Beigeladenen habe. Auch habe das „Führungskräftehandbuch“, auf das sich die Beklagte stütze, keinen verbindlichen Charakter. Die Stadtbüro- und Verkaufsleiter seien ebenso selbständige Handelsvertreter wie die übrigen bei der Klägerin tätigen Handelsvertreter. Sie seien selbständige Unternehmer, die sich entschieden hätten, unter der Dachorganisation der Klägerin als Prinzipalin tätig zu werden.

Mit Widerspruchsbescheid vom 12.04.2017 wies die Beklagte den Widerspruch zurück. Zur Begründung verwies sie auf die Begründung des Bescheides, da die Argumente bereits im Anhörungsverfahren vorgetragen worden seien. Nach den Gesamtumständen ergebe sich eine persönliche Abhängigkeit der Auftragnehmer. Handelsvertreter im Sinne des [Â§ 84 Abs. 1 HGB](#) seien ausschließlich selbständige Gewerbetreibende (Unternehmer), die ihrem Auftraggeber, der ebenfalls Unternehmer sei, rechtlich gleichgeordnet gegenübertraten. Hierfür sei maßgebend, ob der Beauftragte nach den Abreden in dem zwischen dem Beauftragten und dem beauftragenden Unternehmer geschlossenen Vertrag und der gesamten tatsächlichen Ausgestaltung der Beziehungen eine im Rechtssinn persönlich selbständige Stellung als Unternehmer eines eigenen Gewerbes innehatte. Nach den Angaben der Auftragnehmer seien diese jedoch nicht der Klägerin rechtlich gleichgestellt gegenübergetreten. Die Klägerin erkenne, dass nach [Â§ 84 Abs. 2 HGB](#) derjenige, der ständig damit betraut sei, für einen Unternehmensgeschäft zu vermitteln oder in dessen Namen abzuschließen, ohne selbständig im Sinne des Abs. 1 zu sein, als Angestellter und damit als abhängig Beschäftigter gelte. Bei den Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 habe es sich nicht um gewöhnliche Makler gehandelt, sondern um Stadtbüro- und Verkaufsleiter, die neben ihrer Tätigkeit als Immobilienmakler auch als Führungskräfte mit Verwaltungsaufgaben administrative Tätigkeiten von nicht nur untergeordneter Natur wahrgenommen hätten. Diese Führungsaufgaben führten dazu, dass die in [Â§ 84 Abs. 1 HGB](#) vorausgesetzte im Wesentlichen freie Gestaltung der Tätigkeit und freie Bestimmung der Arbeitszeit nicht gegeben seien. Es bestehe eine fachliche und disziplinarische Unterstellung unter den jeweiligen Niederlassungsleiter bzw. Geschäftsführer und somit Weisungsgebundenheit. Zudem erfolge die Eingliederung in den Geschäftsbetrieb der Klägerin, da ihre Infrastruktur und Betriebsmittel genutzt würden. Auch sei kein bzw. allenfalls ein geringfügiges unternehmerisches Risiko bei einem monatlichen Fixum für die Führungsaufgaben und Provisionen für die vermittelten Objekte ohne nennenswerten Einsatz von verlustgefährdeten Kapital erkennbar. Die Stadtbüro- und Verkaufsleiter hätten keine bzw. nur geringe unternehmerische Freiheiten, da feste Vorgaben des Arbeitgebers im Hinblick auf Fixum und Provision beständen und die Möglichkeit, einen Vertreter zu entsenden, nicht eingeräumt sei. Sofern im Hinblick auf die reine Maklertätigkeit durch Vermittlung von Immobilien eine selbständige Tätigkeit vorliegen sollte, trete diese in Relation zu den Führungsaufgaben hinter diese zurück. Eine Aufteilung der Tätigkeit sei aufgrund des einheitlichen Beschäftigungsverhältnisses beim gleichen

Arbeitgeber nicht möglich. Daher handele es sich um eine nichtselbstständige Beschäftigung der Stadtbüro- und Verkaufsleiter. Hierfür sei nach pflichtgemäßem Ermessen im Wesentlichen auf die Ermittlungsergebnisse des Hauptzollamtes zurückgegriffen worden. Die Behauptung der Klägerin, dass sich die Ermittlungsergebnisse überwiegend auf die Zeugenaussage von Frau M1 stützten, sei hierdurch widerlegt. Diese Zeugin sei auch lediglich beispielhaft und nicht ausschließlich zitiert worden. Bei der Tätigkeit der Stadtbüro- und Verkaufsleiter sei der geschlossene Handelsvertretervertrag zu bewerten. Letztendlich komme es jedoch auf die tatsächlichen Verhältnisse an, nach denen das Führungskräftehandbuch existiere und ganz erhebliche Arbeitsanweisungen in Bezug auf die Tätigkeit dieser Personen enthalte. Die von den Zeugen teilweise getätigte Aussage, dass das Handbuch zwar existiere, jedoch unbeachtlich gewesen sei, erscheine vor dem Hintergrund der ansonsten sehr restriktiven Ergebniskontrolle durch die Klägerin wenig glaubhaft. Es widerspreche auch der allgemeinen Lebenserfahrung, dass ein derart umfangreiches Kompendium an Vorgaben in Umlauf gebracht und anschließend nicht angewandt werde. Auch wenn derartige Anwendungsfälle nicht bekannt geworden seien, habe die Klägerin mit diesem Handbuch und den darüber hinaus in Umlauf gebrachten Handlungsanweisungen ein durch dessen Existenz bestehendes unumstrittenes arbeitsrechtliches internes Sanktionsrecht. Die Zeugenaussagen ständen zum Teil auch in eklatantem Widerspruch zu weiteren, nicht im Führungskräftehandbuch aufgeführten Vorgaben. Die Entscheidung des Sozialgerichts München beziehe sich auf einen nicht gleichgelagerten Sachverhalt, da der dort Beigeladene ein einfacher Handelsvertreter gewesen sei, der nicht dem Personenkreis der Verkaufs- bzw. Büroleiter zuzurechnen gewesen sei. Der angefochtene Bescheid sei daher nicht zu beanstanden. Der Widerspruchsbescheid wurde dem Bevollmächtigten der Klägerin nach seinem Vortrag am 19.04.2017 zugestellt. Ein Postaufgabevermerk findet sich in der Verwaltungsakte nicht.

Die Klägerin hat, vertreten durch ihren Bevollmächtigten, am 15.05.2017 Klage zum Sozialgericht Heilbronn (SG) erhoben. Der Bevollmächtigte hat neben der Aufhebung des Bescheides in der Gestalt des Widerspruchsbescheides zugleich auch die Verurteilung der Beklagten zur Erstattung des gesamten streitigen Betrages sowie zu seiner Verzinsung beantragt. Zur Begründung hat der Bevollmächtigte sein bisheriges Vorbringen ausführlich vertieft und hat ein Anlagenkonvolut vorgelegt (K1-17) Die Beklagte habe neben den Ermittlungen des HZA keine eigene Betriebsprüfung in dem dafür vorgesehenen Verfahren durchgeführt, was bereits zur Rechtswidrigkeit des Bescheides führe. Die Beklagte stütze sich wesentlich auf die Aussage von Frau M1. Diese sei aber für die Klägerin nur erfolglos und daher kurz als Handelsvertreterin tätig geworden und sei ihr nicht wohlgesonnen. Die Aussage stehe auch nicht im konkreten Bezug zu den Beigeladenen Ziff. 1 bis 6. Für eine Selbstständigkeit spreche hier die fehlende Vereinbarung von bestimmten Arbeitsstunden oder von Anwesenheitszeiten im Büro. Ein fachliches Weisungsrecht des Prinzipals und die zutreffende Bezeichnung als „Mitarbeiter“ stehe einer Selbstständigkeit nicht entgegen. Auch die Bezeichnung „Stadtbüroleiter“ oder „Verkaufsleiter“ sei nicht mit einer rechtlichen Bewertung verbunden. Zudem

seien die Handelsvertreter im Aushandeln der Provisionen frei gewesen. Ein Unternehmerrisiko könne nach der Rechtsprechung des Landessozialgerichts (LSG) Baden-Württemberg auch bei Zahlung eines monatlichen Fixums von 1.750 € bestehen. Das von der Beklagten herangezogene Führungskräftehandbuch sei nach den vorgelegten Verträgen und nach den Aussagen der Handelsvertreter nicht verbindlich bzw. nicht Vertragsinhalt gewesen. Die Beklagte bestreite auch selbst, dass keine entsprechenden Anwendungsfälle ersichtlich seien, aus denen sich ein arbeitsrechtlicher Weisungscharakter ergebe. Das Handbuch sei in den 1980er Jahren von dem Gründer der Unternehmensgruppe der Klägerin als eine Art Motivationsleitfaden und gut gemeinte Anleitung für die Organe der Klägerin bzw. die Führungsebene geschrieben worden. Die sogenannten „Stadtberater“ und „Verkaufsleiter“ seien ebenso Handelsvertreter wie die übrigen für die Klägerin tätigen Handelsvertreter. Sie seien ebenso in der Gestaltung ihrer Tätigkeit und in ihrer Arbeitszeit im Wesentlichen frei und verfielen als erfolgreiche Unternehmer über erhebliche Provisionseinnahmen.

Die Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 hätten durch ihre Bezeichnung eine Sonderstellung, die ihre Befähigung zur Beantwortung von etwaigen Fachfragen neuer Handelsvertreter unterstreichen sollte. Es handle sich dabei um einen minimalen Aufwand. Weisungen oder Kontrollen der Klägerin gebe es hierzu nicht. Auch eine Weisungsbefugnis der Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 gegenüber den anderen Handelsvertretern bestehe nicht. Den Stadtberatern sei lediglich ein geringes Fixum von 500 € bzw. 750 € gezahlt worden. Die freie Tätigkeit als Handelsvertreter bleibe absolut prägend und gerade die entsprechenden Provisionen seien auch Grundlage des angefochtenen Bescheides. Einen Anwesenheitszwang gebe es nach den Aussagen nicht. Selbst dann, wenn eine Verpflichtung zur Teilnahme an einzelnen Terminen bestehe, wäre dies Ausdruck der Pflicht des Handelsvertreters zur Interessenwahrung gegenüber dem Auftraggeber. Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) sei es sogar unschädlich für die Annahme einer selbständigen Tätigkeit, wenn der selbständig Tätige regelmäßige und erhebliche Weisungen erhalte, was hier aber nicht einmal der Fall sei. Auch spreche das relativ hohe Honorar in Form der Provisionen für eine Selbständigkeit. Ausgehend von dem einheitlichen Beschäftigungsverhältnis sei die Tätigkeit als Handelsvertreter prägend und nicht die untergeordnete „Leitertätigkeit“.

Der Bevollmächtigte ist sodann noch im Einzelnen und zum Teil unter Wiederholungen auf die in dem angefochtenen Bescheid gesondert angeführten Punkte aus der Anführung sowie auf die aus der Anführung übernommene Begründung des Bescheides eingegangen. Hierzu wird auf Bl. 43/86 bzw. 89/107 der SG-Akte Bezug genommen. Der Bevollmächtigte hat ferner noch auf ein in Auszügen übersandtes Urteil des Landgerichts Würzburg vom 09.05.2017 (24 O 59/16) hingewiesen, das den für die Klägerin tätig gewesen und als „Vertriebsleiter“ bezeichneten Handelsvertreter B betreffe, dessen Aussagen von der Beklagten hier herangezogen worden seien. Das Landgericht habe trotz umfangreichen Vortrages des Handelsvertreters dazu, dass er in einem Arbeitsverhältnis beschäftigt gewesen sei, eine selbständige Tätigkeit festgestellt. Der Bevollmächtigte hat noch ausgeführt, dass sich der

Erstattungsanspruch gegenüber der Beklagten daraus ergebe, dass die Klägerin den streitigen Betrag wegen der fehlenden aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs bereits gezahlt habe. Jedenfalls habe die Beklagte Rücküberstattung durch die Einzugsstelle zu sorgen. Der Erstattungsanspruch sei mit dem Widerspruch am 07.09.2016 geltend gemacht worden und sei daher ab dem 01.11.2016 zu verzinsen.

Die Beklagte ist der Klage unter Verweis auf den Bescheid und den Widerspruchsbescheid entgegengetreten, da die Klägerin ihr Vorbringen aus dem Widerspruchsverfahren auch zum Gegenstand des Klageverfahrens gemacht habe. Soweit auf die hohe Vergütung als Kriterium für eine selbständige Tätigkeit abgestellt werde, sei hier nicht festzustellen, wie lange hierfür jeweils gearbeitet worden sei. Zudem sei ein erhebliches Fixum gezahlt worden. Soweit auf Rechtsprechung des BAG zu Arbeitsverhältnissen verwiesen werde, seien hier die Feststellung eines Beschäftigungsverhältnisses relevant, das damit nicht deckungsgleich sei; auch sei die Rechtsprechung des BSG zu beachten. Das Führungskräftehandbuch sei 2010 von dem Grander neu aufgelegt worden. Die Beklagte könne sich nicht vorstellen, aus welchen Gründen dieses Werk nicht zur Anwendung habe kommen sollen. Die Arbeitsanweisungen könnten auch ohne konkrete Kenntnis nach Anlernen ausgeführt werden. Herr E2 habe eine jeden Montag stattfindende Besprechung angegeben. Zudem seien Samstagsdienste namentlich belegt. Auch sei die Teilnahme an Schulungen obligatorisch. Die Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 seien der Klägerin nicht als rechtlich gleichgestellt und mit eigenem Unternehmerrisiko gegenübergetreten. Sie hätten lediglich ihre Arbeitskraft eingebracht und diese über festgelegte Provisionssätze vergütet erhalten.

Der Bevollmächtigte hat noch mit Schriftsätzen vom 25.09.2017 und 27.11.2017 Stellung genommen und sein Vorbringen darin wiederholt und vertieft. Die Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 hätten die Beitragsbemessungsgrenzen ganz regelmäßig und überwiegend überschritten, was einen überdurchschnittlichen Verdienst darstelle.

Das SG hat mit Beschlüssen vom 06.12.2017 und 23.05.2018 die sechs betroffenen Auftragnehmer beigeladen und hat ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Der Beigeladene Ziff. 3 hat hierzu auf die bisherigen Ausführungen der Klägerin verwiesen (Bl. 168 SG). Die Beigeladenen Ziff. 1, 2, 4, 5 und 6 haben mitgeteilt, dass sie nichts hinzuzufügen hätten bzw. dass keine Fragen beständen.

Die Klägerin hat mit Schriftsätzen vom 12.07.2016 ihr Vorbringen ergänzt und vertieft. Die Beklagte hat hierauf erwidert, dass auch das Auftreten für die Klägerin nach außen ein starkes Indiz für die abhängige Beschäftigung sei. Die Art und Weise der Arbeitsausführung müsse im Großen und Ganzen selbstbestimmt gewesen sein. Die Arbeit sei aber kontrolliert und mit vorgegebenen Umsatzzielen verglichen und damit überwacht worden. Die Klägerin hat dem mit Schriftsatz ihres Bevollmächtigten vom 26.11.2016 widersprochen.

Mit Urteil vom 12.12.2018 hat das SG den Bescheid vom 08.08.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.04.2017 aufgehoben und die Beklagte verurteilt, den Betrag von 388.863,960 Euro zu erstatten und den Erstattungsbetrag mit 4 v.H. vom 01.11.2016 bis zum Ablauf des Kalendermonats vor der Erstattung zu verzinsen. Zur Begründung hat es ausgeführt, dass die Beigeladenen als selbständige Handelsvertreter für die Klägerin tätig geworden seien. Sie seien damit nicht abhängig beschäftigt gewesen, so dass keine Sozialversicherungspflicht bestanden habe. Die Beigeladenen seien nicht in wesentlichem Umfang weisungsgebunden und nicht in die Arbeitsorganisation der Klägerin eingegliedert gewesen. Die Beigeladenen seien nicht in einem bestimmten zeitlichen Umfang zur Verrichtung ihrer Tätigkeit verpflichtet gewesen. Sie hätten auch keine Anwesenheitszeiten einzuhalten gehabt. Die Vereinbarungen in den jeweiligen Handelsvertreterverträgen, wonach die Tätigkeit örtlich und zeitlich frei gestaltet werden könne, entsprächen auch der tatsächlich gelebten Beziehung zwischen den Beteiligten. Eine Weisungsbefugnis der Klägerin in zeitlicher und örtlicher Hinsicht habe nicht vorgelegen. Der von der Beklagten angeführte „Brottag“ am Montag oder der „Samstagsdienst“ habe keine zwingende Vorgabe der Klägerin dargestellt, sondern eine freiwillige, jederzeit abänderbare Vereinbarung der Handelsvertreter untereinander, um eine Abstimmung und einen Austausch unter ihnen zu ermöglichen. Die Samstagsdienste seien auch nicht allgemein üblich gewesen. In den vorgelegten Handelsvertreterverträgen seien auch weder feste Brottage noch Samstagsdienste geregelt. Die Verträge enthielten auch die Regelung, dass sie inhaltlich vollständig seien und Nebenabreden nicht beständen. Dies habe etwa der Beigeladene Ziff. 6 in seiner Vernehmung vor dem Hauptzollamt bestätigt, da danach kein Brotzwang bestanden habe und er an Schulungen nicht teilnehmen müsse. Für seine selbständige Tätigkeit spreche darüber hinaus, dass er seine Ehefrau als geringfügig Beschäftigte eingestellt habe. Der Beigeladene Ziff. 2 habe ausgesagt, dass er selbst nicht viel im Büro gewesen sei und er von seinem Büro mit PC zu Hause aus auf die Datenbank der Klägerin zugreifen könne. Für ihn sei es vorteilhaft, aus Gründen der „Corporate Identity“ unter dem Logo und unter dem Dach der Firma G aufzutreten. Wenn er unter seinem eigenen Namen auftreten würde, würde sich an seiner Arbeitsweise nichts ändern. Der Beigeladene Ziff. 1 habe ausgeführt, dass er nicht für die Klägerin arbeite, sondern mit ihr zusammen. Er habe zu Hause ein Büro und könne arbeiten, wo er wolle. Er habe im Stadtbüro einen Schreibtisch und ein Telefon zur Verfügung. Für das Büro in H zahle er 120 Euro monatlich. Die Aufendarstellung mit Briefpapier und Visitenkarten sei unter den Namen und dem Logo der Klägerin einfacher, als unter eigenem Namen aufzutreten. Die Beigeladenen hätten auch keine weitergehenden administrativen Tätigkeiten für die Klägerin oder Führungsaufgaben wahrzunehmen gehabt. Der Beigeladene Ziff. 3 habe ausgesagt, dass er auch als Stadtbüroleiter Verträge anderer Makler nicht habe auflösen können. Er nutze die Infrastruktur der Klägerin. Eine Angestellte müsse er aber bei Bedarf selbst bezahlen. Im Stadtbüro sitze eine Angestellte, die von der Klägerin bezahlt werde und von dort Anweisungen erhalte und der gegenüber er keine Weisungsbefugnis habe. Die Beigeladene Ziff. 5 habe ausgesagt, dass sie von zu Hause aus auf die Software der Klägerin zugreifen könne.

Demnach sprächen auch die Aussagen sämtlicher Beigeladener in Übereinstimmung mit den Angaben der Klägerin und den Vereinbarungen in den Handelsvertreterverträgen gegen eine Eingliederung in den Betrieb der Klägerin und gegen eine Weisungsbefugnis der Klägerin, die so stark ausgestaltet sei, dass die unternehmerische Freiheit der Handelsvertreter in ihrem Kerngehalt beeinträchtigt werde. Dies sei nach der vom SG ausführlich dargestellten Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) und des Landessozialgerichts (LSG) Baden-Württemberg die maßgebliche Abgrenzung des auch sozialversicherungsrechtlich selbständigen Handelsvertreters von einem abhängig beschäftigten Handlungsgehilfen. Die Beigeladenen hätten auch keinen Weisungen des Niederlassungsleiters bzw. Geschäftsführers unterstanden. Ein in der Stellenbeschreibung genanntes fachliches Weisungsrecht sei in den Handelsvertreterverträgen nicht zu finden und auch nicht anderweitig ersichtlich. Ein fachliches Weisungsrecht stehe im übrigen einer Tätigkeit als selbständiger Handelsvertreter nicht entgegen, da [§ 84 Abs. 1 HGB](#) nur eine im Wesentlichen freie Tätigkeit voraussetze. Auch das Führungskräftehandbuch sei keine verbindliche Anweisung an die Beigeladenen. Es stelle eher einen Motivationsleitfaden dar. Es sei auch nicht ersichtlich, dass es neben den Organen und Geschäftsführern der Klägerin auch für die Beigeladenen bestimmt gewesen sei. Die Beigeladenen hätten das Führungskräftehandbuch nicht gekannt (Beigeladene Ziff. 3, 4, 6) bzw. sie hätten sich nicht an die dortigen Anweisungen gehalten bzw. es nie angewendet (Beigeladene Ziff. 2 und 5). Es sei ebenso wie die von der Beklagten angeführten Richtlinien aus den 1990er-Jahren auch in den Handelsvertreterverträgen nicht erwähnt. Auch sei kein Mindestumsatz gefordert worden. Die von einigen Beigeladenen bezogene Pauschale in Höhe von 500 € bis maximal 750 € monatlich neben der im Wesentlichen erfolgsabhängigen Vergütung nicht zu einer abhängigen Beschäftigung. Die Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 hätten ein Unternehmerrisiko getragen, da der Anspruch auf Provision und damit der Erfolg des Einsatzes der eigenen Arbeitskraft ungewiss gewesen sei. Der Einsatz eigenen Kapitals bzw. eigener Betriebsmittel sei keine notwendige Voraussetzung für eine selbständige Tätigkeit, da anderenfalls betriebsmittelarme Tätigkeiten nie selbständig ausgeübt werden könnten. Arbeitsmittel seien nicht in nennenswertem Umfang von der Klägerin gestellt worden. Die Nutzung von Visitenkarten bzw. des Logos der Klägerin habe sich für die Beigeladenen als vorteilhaft dargestellt und sei nicht verpflichtend gewesen. Der Umstand, dass die Beigeladenen als Stadtberater oder Vertriebsleiter der Klägerin in Erscheinung getreten seien, sei für den sozialversicherungsrechtlichen Status unergiebig. Eine rechtliche Bewertung sei damit bereits nicht verbunden gewesen. Die Beigeladenen hätten keine Weisungsbefugnis gegenüber anderen Handelsvertretern oder Mitarbeitern der Klägerin gehabt. Die bloße Nutzung des von der Klägerin vorgehaltenen Systems bzw. der Logistik führe nicht zu einer arbeitnehmertypischen Eingliederung in eine von anderen vorgegebene Ordnung. Die Abwägung der Gesamtumstände führe nicht zum Vorliegen einer abhängigen Beschäftigung. Der Betrag von 388.863,69 € sei von der Beklagten zu erstatten, da die Klägerin diesen Betrag aufgrund des rechtswidrigen Bescheides bereits gezahlt habe. Der Erstattungsanspruch sei mit der Aufhebung des Bescheides durch das Urteil rückwirkend auf den Zeitpunkt der Entrichtung der Beiträge entstanden

und ab dem 01.11.2016 zu verzinsen.

Die Beklagte hat gegen das ihr am 27.12.2018 zugestellte Urteil am 15.01.2019 Berufung zum LSG Baden-Württemberg eingelegt. Zur Begründung führt sie aus, dass das SG die Position der Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 als Verkaufsleiter bzw. Stadtblockleiter unberücksichtigt gelassen habe. Es habe daher fehlerhaft nur auf die Abgrenzungskriterien für die Selbstständigkeit von Handelsvertretern abgestellt. In die gleichlautenden Handelsvertreterverträge der Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 sei die jeweilige Funktion nicht aufgenommen worden, so dass die Verträge nicht den tatsächlich gelebten Verhältnissen entsprechen. Die Beteiligung am Gruppenumsatz bei den Verkaufsleitern bzw. die monatliche Pauschale von 500 € stellen eine Vergütung für eine zusätzliche Tätigkeit im Interesse der Klägerin dar. Aus den Zeugenvernehmungen der Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 und aus den Vernehmungen von Frau M1 und Herrn E1 ergebe sich ihre Eingliederung in die Betriebsabläufe der Klägerin, ebenso aus der Stellenbeschreibung der Verkaufs- und Stadtblockleiter. Das Führungskräftehandbuch sei dabei entgegen dem SG auch für die Beigeladenen bestimmt gewesen. Es sei auch nicht entscheidend, dass die Beigeladenen die Verträge anderer Handelsvertreter nicht hätten kündigen können, da sie als Ausfluss ihrer Kontrollfunktion Empfehlungen zur Auflösung von Vertragsverhältnissen an die Entscheidungsträger der Klägerin herangetragen hätten. Die Beigeladenen seien wegen der verpflichtenden Meetings am Montag und der Erstellung des Samstags-Dienstplans von der Klägerin auch zeitlich verpflichtet gewesen. Zudem seien die Beigeladenen auf die Nutzung des Programms der Klägerin angewiesen gewesen. Das Urteil sei unabhängig davon rechtsfehlerhaft, soweit die Beklagte zur Erstattung und deren Verzinsung verurteilt worden sei.

Der Bevollmächtigte der Klägerin hat das angefochtene Urteil verteidigt und hat hierzu das bisherige Vorbringen wiederholt und vertieft. Er hat ferner darauf hingewiesen, dass die Beklagte die mit der Klägerin zusammenarbeitenden Handelsvertreter als selbstständig Tätige ansehe. Er hat hierzu einen Statusfeststellungsbescheid der Beklagten vom 16.01.2020 vorgelegt.

Mit Beschluss vom 08.04.2019 hat der Senatsvorsitzende auf Antrag der Beklagten die Vollstreckung aus dem Urteil des SG bis zur Erledigung des Rechtsstreits in der Berufungsinstanz ausgesetzt. Die damalige Berichterstatterin hat den Beteiligten mit Verfügung vom 28.01.2021 einen Hinweis zu den wohl fehlenden Erfolgsaussichten der Berufung erteilt. Der jetzige Berichterstatter hat sich dem mit Verfügung vom 12.05.2021 mit Ausnahme der ausgeurteilten Verpflichtung zur Erstattung und Verzinsung angeschlossen.

Der Bevollmächtigte hat daraufhin noch den gegenüber der Beklagten geltend gemachten Erstattungs- und Verzinsungsanspruch weiter begründet, zugleich aber insoweit Vergleichsbereitschaft signalisiert. Die Beklagte hat zuletzt noch mitgeteilt, dass ihrerseits keine Vergleichsbereitschaft dahingehend bestehe, das Urteil lediglich hinsichtlich der Erstattung (und Verzinsung) aufzuheben. Sie verweist hierzu auf ihre Berufungsbegründung, wonach die Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 durch ihre Tätigkeit als Verkaufs- bzw. Stadtblockleiter nicht vorrangig als

Handelsvertreter, sondern als im Rahmen der betrieblichen Organisation der Klägerin tätige Führungskräfte einzuordnen seien.

Mit Beschluss des Berichterstatters vom 25.06.2021 hat der Senat sodann noch die von der Beklagten mitgeteilten Fremdversicherungstrager beigeladen.

Die Beklagte beantragt (teilweise sinngemäß),

das Urteil des Sozialgerichts Heilbronn vom 12.12.2018 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Die Klägerin beantragt (teilweise sinngemäß),

die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Heilbronn vom 12.12.2018 zurückzuweisen.

Die Beigeladenen haben keine Anträge gestellt.

Die Beteiligten haben sich sodann (z.T. erneut) mit einer Entscheidung des Senats ohne mandliche Verhandlung einverstanden erklärt (Schriftsatz des klägerischen Bevollmächtigten vom 12.07.2021, Bl. 201 der Senatsakte; Schriftsatz der Beklagten vom 16.07.2021, Bl. 205 der Senatsakte; Schreiben des Beigeladenen Ziff. 1 vom 19.07.2021, Bl. 207 der Senatsakte; Schreiben des Beigeladenen Ziff. 2 vom 01.09.2021, Bl. 227 der Senatsakte; Schreiben des Beigeladenen Ziff. 3 vom 26.07.2021, Bl. 211 der Senatsakte; Schreiben der Beigeladenen Ziff. 4 vom 10.09.2021, Bl. 232 der Senatsakte; Schriftsatz des Bevollmächtigten der Beigeladenen Ziff. 5 vom 30.08.2021, Bl. 221 der Senatsakte; am 22.07.2021 bei Gericht eingegangenes Schreiben des Beigeladenen Ziff. 6, Bl. 208 der Senatsakte; Schriftsatz der Beigeladenen Ziff. 7 vom 31.08.2021, Bl. 224 der Senatsakte; Schriftsatz der Beigeladenen Ziff. 8 und 9 vom 30.08.2021, Bl. 226 der Senatsakte, Schriftsatz der Beigeladenen Ziff. 10 vom 06.09.2021, Bl. 229 der Senatsakte; Schriftsatz der Beigeladenen Ziff. 11 vom 06.09.2021, Bl. 231 der Senatsakte).

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte dieses Verfahrens sowie des erstinstanzlichen Verfahrens und auf den Inhalt der beigezogenen vier Bände Verwaltungsakten der Beklagten Bezug genommen.



Entscheidungsgrande

Die nach [ 151 SGG](#) formgerecht eingelegte Berufung der Beklagten, über die der Senat im Einverständnis aller Beteiligten nach [ 124 Abs. 2 SGG](#) ohne mandliche Verhandlung entscheidet, ist gemäß [ 143, 144 SGG](#) auch im übrigen zulässig. Die Berufung ist dabei so auszulegen, dass neben der Aufhebung des Urteils des SG vom 12.12.2018 nicht nur die Abweisung der Klage

gegen den Bescheid vom 12.12.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.04.2017 begehrt wird, sondern auch die Abweisung der Leistungsklage auf eine zu verzinsende Erstattung. Diese Auslegung ergibt sich logisch aus dem formulierten Berufungsantrag und wird durch das $\frac{1}{4}$ brige Vorbringen der Beklagten gest $\frac{1}{4}$ tzt, die sich gerade auch gegen ihre Verurteilung zur Erstattung und Verzinsung wendet ([Â§ 123 SGG](#)).

Neben den bereits von dem SG beigeladenen Auftragnehmern wurden hier noch die beteiligten Fremdversicherungstr $\frac{1}{4}$ ger beigeladen (vgl. BSG, Urteil vom 16.12.2015 $\hat{=}$ [B 12 R 1/14](#) $\hat{=}$, in juris, a.A. ohne n $\frac{1}{4}$ here Begr $\frac{1}{4}$ ndung BSG, Urteil vom 05.12.2017 $\hat{=}$ [B 12 R 10/15 R](#) $\hat{=}$, in juris). Der mit Wirkung ab 01.07.2020 eingef $\frac{1}{4}$ gte [Â§ 75 Abs. 2b SGG](#) sieht allerdings u.a. in Verfahren gegen Entscheidungen nach [Â§ 28p Abs. 1 Satz 5 SGB IV](#) nur noch eine Beiladung der anderen Versicherungstr $\frac{1}{4}$ ger auf deren Antrag vor. Das Gericht hat hier jedoch nach seinem Ermessen von der nach [Â§ 75 Abs. 2b Satz 5 SGG](#) weiterhin m $\frac{1}{4}$ glichen Beiladung von Amts wegen Gebrauch gemacht.

Die Berufung ist jedoch nicht begr $\frac{1}{4}$ ndet, soweit das SG den Bescheid vom 08.08.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.04.2017 aufgehoben hat. Denn der Bescheid in der Gestalt des Widerspruchsbescheides ist rechtswidrig und verletzt die Kl $\frac{1}{4}$ gerin daher in ihren Rechten. Das Urteil des SG ist insoweit nicht zu beanstanden. Die Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 $\frac{1}{4}$ ften ihre T $\frac{1}{4}$ tigkeit f $\frac{1}{4}$ r die Kl $\frac{1}{4}$ gerin in dem durch die Betriebspr $\frac{1}{4}$ fung streitbefangenen Zeitraum ab dem 01.01.2010 bis 30.06.2014 jeweils im Rahmen einer selbst $\frac{1}{4}$ ndigen T $\frac{1}{4}$ tigkeit aus und waren daher nicht abh $\frac{1}{4}$ ngig besch $\frac{1}{4}$ ftigt, was nach den jeweiligen Versicherungspflichttatbest $\frac{1}{4}$ nden gem $\frac{1}{4}$ [Â§ 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V](#), [Â§ 24 SGB III](#), [Â§ 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI](#) und [Â§ 20 SGB XI](#) Grundlage der geforderten Sozialversicherungsbeitr $\frac{1}{4}$ ge und daneben auch Grundlage f $\frac{1}{4}$ r die Umlagen U1 und U2 nach [Â§ 1 Abs. 1](#) und 2 des Aufwendungsausgleichsgesetzes (AAG) und der Umlage U I nach [Â§ 358 SGB III](#) sowie der S $\frac{1}{4}$ umniszuschl $\frac{1}{4}$ ge ist.

Das SG hat in seinem ausf $\frac{1}{4}$ hrlich begr $\frac{1}{4}$ ndeten Urteil die f $\frac{1}{4}$ r die Beurteilung abh $\frac{1}{4}$ ngiger Besch $\frac{1}{4}$ ftigung ma $\frac{1}{4}$ geblichen Kriterien nach [Â§ 7 Abs. 1 SGB IV](#) und die hierzu ergangene Rechtsprechung des BSG ausgef $\frac{1}{4}$ hrt. Es hat daneben auch die Kriterien bei der auch sozialversicherungsrechtlich bedeutenden Abgrenzung der selbst $\frac{1}{4}$ ndigen T $\frac{1}{4}$ tigkeit eines Handelsvertreters nach [Â§ 84 Abs. 1 HGB](#) von der als abh $\frac{1}{4}$ ngige Besch $\frac{1}{4}$ ftigung zu qualifizierenden T $\frac{1}{4}$ tigkeit nach [Â§ 84 Abs. 2, 59 HGB](#) unter Ber $\frac{1}{4}$ cksichtigung der einschl $\frac{1}{4}$ gigen Rechtsprechung des BSG (Urteil vom 29.01.1981 $\hat{=}$ [12 RK 63/79](#) $\hat{=}$, in juris; BSG, Urteil vom 22.06.2005 $\hat{=}$ [B 12 KR 28/03 R](#) $\hat{=}$, in juris) und in Anlehnung an die dem BSG folgende Rechtsprechung des LSG Baden-W $\frac{1}{4}$ rttemberg (Urteil vom 22.01.2016 $\hat{=}$ [L 4 R 2796/15](#) $\hat{=}$, in juris) ausf $\frac{1}{4}$ hrlich und zutreffend dargestellt. Diese Kriterien sind zwischen den Beteiligten auch nicht streitig. Der Senat verweist daher nach [Â§ 153 Abs. 2 SGG](#) auf das Urteil des SG und sieht insoweit von einer eigenen Darstellung ab.

Nach diesen Ma $\frac{1}{4}$ st $\frac{1}{4}$ ben gelangt der Senat ebenso wie das SG unter Ber $\frac{1}{4}$ cksichtigung der in die Abw $\frac{1}{4}$ gung einzustellenden Umst $\frac{1}{4}$ nde des

Einzel falls zu der Überzeugung, dass die Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 in ihrer Tätigkeit für die Klägerin in dem streitbefangenen Zeitraum nicht abhängig beschäftigt, sondern selbstständig tätig waren.

Der Senat legt dabei für den hier streitbefangenen Zeitraum ein jeweils einheitliches Tätigkeitsverhältnis der Beigeladenen Ziff. 1 bis 6 gegenüber der Klägerin zu Grunde, bestehend aus der Tätigkeit als Handelsvertreter nach [§ 84 Abs. 1 HGB](#) und der daneben ausgeübten Tätigkeit, die im Falle der Beigeladenen Ziff. 1 und 2 als Verkaufsleiter und im Falle der Beigeladenen Ziff. 3 bis 6 als Stadtblockleiter umschrieben ist. Die entsprechenden Bezeichnungen ergeben sich aus dem vorgelegten Ausdruck des Internetauftritts der Klägerin.

Nach der Rechtsprechung des BSG sind Beschäftigungen bei demselben Arbeitgeber unabhängig von deren arbeitsvertraglicher Gestaltung sozialversicherungsrechtlich als einheitliche Beschäftigung zu werten, wenn eine selbstständige Tätigkeit mit einer abhängigen Beschäftigung derart verbunden ist, dass sie nur aufgrund der abhängigen Beschäftigung ausgeübt werden kann und insgesamt wie ein Teil der abhängigen Beschäftigung erscheint. Abhängig von der Art der Tätigkeit kann eine einheitliche Beschäftigung auch bereits dann bejaht werden, wenn aus der Beschäftigung gewonnene Kenntnisse und Erfahrungen für die Tätigkeit genutzt werden müssen und die Tätigkeit dem Arbeitgeber nützlich ist (BSG, Urteil vom 31.10.2012 – 10 R 10/12).